



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE
VORLAGE
16/ 1165
A7 A9



Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2014 Einzelplan 03

Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2014
Einzelplan 03

Inhaltsverzeichnis

I.	Überblick über den Einzelplan 03	Seite
	1 Einnahmen	4
	2 Ausgaben	
	2.1 Gesamtausgaben	4
	2.2 Sachhaushalt	5
	2.3 Besonderheiten	6
	3 Personal	
	3.1 Personalausgaben	7
	3.2 Planstellen und Stellen	7
	3.3 kw-Vermerke	10
	3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	12
II.	Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben der Kapitel	
	03 010 Ministerium	14
	03 020 Allgemeine Bewilligungen	15
	03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	17
	03 110 Polizei	18
	03 110 Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei	20
	03 130 Deutsche Hochschule der Polizei	22
	03 310 Fünf Bezirksregierungen	23
	03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales	26
	03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen	27
	03 610 Information und Technik NRW - Landesbetrieb	28
	03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	29
	03 750 Institut der Feuerwehr	30
	03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	31
	03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	32
	03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehör- den und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hin- terbliebenen	33

Entwurf des Haushaltsplans 2014
Erläuterungen zum Einzelplan 03

I.

Überblick

über den

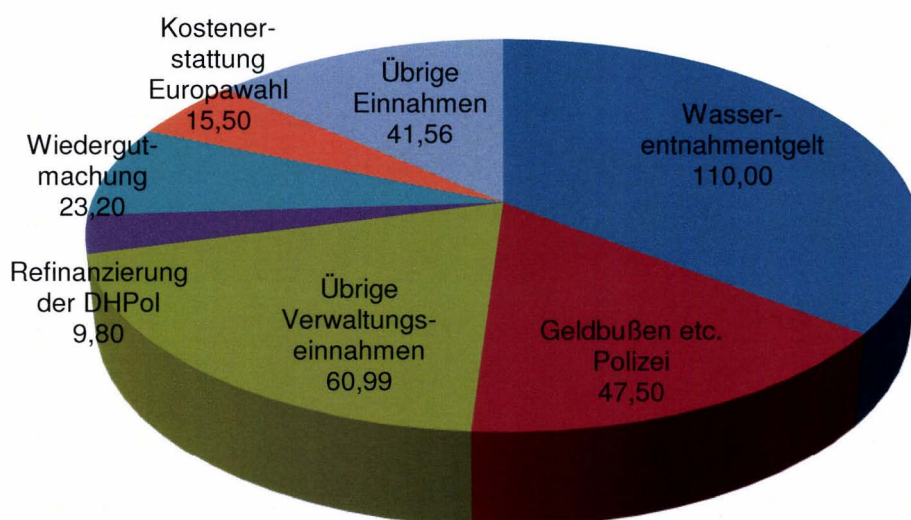
Einzelplan 03

1 Einnahmen

Die Einnahmen sind mit 308,5 Mio. EUR um 8,9 Mio. EUR höher veranschlagt als im Vorjahr. Im Kapitel 03 610 (IT.NRW) sind zu erwartende Erstattungen der Länder in Höhe von 11 Mio. EUR für IT-Leistungen des Landesbetriebes beim Zensus veranschlagt. Die übrigen Einnahmeveränderungen, per Saldo mit einem Rückgang von rund 2,1 Mio. EUR, verteilen sich auf diverse Titel, in der Regel aufgrund von Anpassungen an die tatsächlichen Einnahmen der vergangenen Jahre.

Der Ansatz für das Wasserentnahmeentgelt als größter Einnahmeposten ist mit 110 Mio. EUR fortgeschrieben.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die Einnahmestruktur des Einzelplans (Beträge in Mio. EUR):



2 Ausgaben

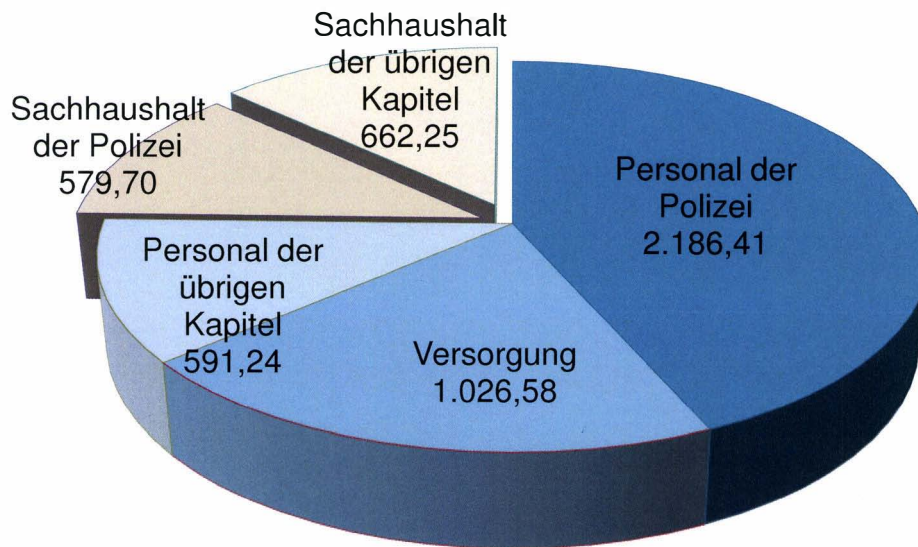
2.1 Gesamtausgaben

Die Ansätze sind von 4.843,99 Mio. EUR um 202,2 Mio. EUR auf 5.046,19 Mio. EUR erhöht.

Gesamtausgaben in Mio. EUR	2014	2013	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	5.046,19	4.843,99	202,20	4,2
• Personalausgaben	3.798,05	3.667,36	130,69	3,6
• Sächliche Verwaltungsausgaben	656,69	650,16	6,53	1,0
• Zuweisungen und Zuschüsse	389,08	312,94	76,14	24,3
• Baumaßnahmen und Investitionen	236,00	243,84	-7,84	-3,2
• Besondere Finanzierungsausgaben	-33,64	-30,31	-3,33	11,0

Die Ansätze für Personalausgaben (siehe Nummer 3) wachsen um 130,69 Mio. EUR auf, im Sachhaushalt sind 71,51 Mio. EUR mehr angesetzt als im vorherigen Haushalt.

Nachstehende Grafik gibt eine grobe Übersicht über die Ausgabenstruktur des Einzelplans (in Mio. EUR):



2.2 Sachhaushalt

Die Ansätze im Sachhaushalt liegen per Saldo um 71,51 Mio. EUR höher als im Vorjahr und summieren sich auf 1.248,14 Mio. EUR.

Sachhaushalt in Mio. EUR	2014	2013	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.248,14	1.176,63	71,51	6,1
• Polizei	579,70	581,93	-2,23	-0,4
• Übriger Geschäftsbereich	668,43	594,70	73,73	12,4

Als wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind festzuhalten:

- Wegfall von Beschaffungskosten für Funkstreifenwagen (03 110) (-) 26,42 Mio. EUR
- Einnahmefinanzierte Kosten der Bundestagswahl (03 020) (-) 15,50 Mio. EUR
- Weniger Renten nach Bundesentschädigungsgesetz wegen sinkender Fallzahlen (03 810) (-) 4,25 Mio. EUR
- Erhöhte Globale Minderausgabe (jetzt 35,05 Mio. EUR, 03 020) (-) 3,56 Mio. EUR
- Höhere Veranschlagung u.a. aufgrund erhöhter Fallzahlen im Asylkapitel, vgl. Ziffer 2.3 (03 030) (+) 66,82 Mio. EUR
- Erste Rate Polizeihubschrauber (03 110) (+) 16,00 Mio. EUR
- Einnahmefinanzierte Kosten der Europawahl (03 020) (+) 15,47 Mio. EUR
- Dritter Bauabschnitt Hünxe (14,05 Mio. EUR in 03 310) (+) 4,87 Mio. EUR
- Erhöhter Betriebskostenzuschuss an IT.NRW (03 610) (+) 3,84 Mio. EUR
- Mietindexierung Bau- und Liegenschaftsbetrieb (+) 2,00 Mio. EUR

2.3 Besonderheiten

• Polizei

Das Investitionsvolumen - ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk - sinkt wegen des Wegfalls der 2013 abgeschlossenen Beschaffung neuer Funkstreifenwagen. Bei Titel 811 01 sind 16 Mio. EUR als erster Teilbetrag zur Erneuerung der Hubschrauber vorgesehen.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) erfahren punktuelle Ansatzverbesserungen in Höhe von rund 5 Mio. EUR, bspw. bei den BLB-Mieten oder den Fahndungskosten.

Für den Aufbau des Digitalfunks sind der aktuellen Haushaltsunterlage und dem Projektverlauf folgend 70,7 Mio. EUR etatisiert. Für 2014 und die mittelfristige Finanzplanung sind die derzeit ermittelten Gesamtkosten von 496,6 Mio. EUR berücksichtigt.

• Feuerschutz und Hilfeleistung

Die Landeszuschüsse an die Kommunen sind mit 18,81 Mio. EUR um rund 2,87 Mio. EUR höher veranschlagt als 2013. Tatsächlich können sie mit rund 35 Mio. EUR auf dem hohen Niveau der Vorjahre ausgezahlt werden.

Für den Ausbau der kommunalen Warnsysteme sind 10 Mio. EUR vorgesehen, darüber hinaus sind Mittel für die Unterstützung der Kommunen für das landeseinheitliche Warnsystem MoWas etatisiert. Für die Erneuerung der Feuerlöschboote ist ein Teilbetrag von 2 Mio. EUR eingeplant.

Die neu eingerichtete Titelgruppe 60 ist für die Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren mit 1 Mio. EUR dotiert.

• Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Das Asylkapitel erfährt gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um rund 67 Mio. EUR auf 208,67 Mio. EUR. Aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden ist der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 26,82 Mio. EUR auf 91,13 Mio. EUR erhöht.

Für Kostenerstattungsansprüche aus einer letztinstanzlichen Entscheidung des Bundessozialgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz sind 35 Mio. EUR im Haushalt berücksichtigt, vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu Titel 633 21.

Wie im Vorjahr sind Mittel eingestellt, mit denen sich das Land an den bei den Kommunen entstehenden Mehrausgaben in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz beteiligt. Unter Berücksichtigung erhöhter Bestandszahlen ergeben sich für diesen Zweck 20,4 Mio. EUR.

Der Ansatz für die Rückführung ist zur Gegenfinanzierung der Mehrkosten im Kapitel um 1 Mio. EUR reduziert; im Übrigen sind die Ansätze im Wesentlichen überrollt.

3 Personal

3.1 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind knapp 131 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalausgaben in Mio. EUR	2014	2013	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	3.798,05	3.667,36	130,69	3,6
• Polizei	2.186,41	2.092,98	93,43	4,5
• Versorgung	1.020,39	1.014,56	5,83	0,6
• Bezirksregierungen	354,45	339,57	14,88	4,4
• Allgemeine Bewilligungen	153,85	139,44	14,41	10,3
• Übriger Geschäftsbereich	82,94	80,81	2,13	2,6

3.1.1 Aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Beihilfe, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten ergeben sich per Saldo um knapp 125 Mio. EUR erhöhte Ansätze. Wesentliche Faktoren hierfür sind:

- Anpassungen aufgrund der Besoldungs- und Tariferhöhung; hierbei ist anzumerken, dass diese in den Vergleichswerten des Vorjahres unberücksichtigt ist (für 2013 sind das rund 47 Mio. EUR)
- Strukturelle Verbesserungen, beispielsweise die Zweigeteilte Laufbahn der Polizei
- Neue Planstellen und Stellen (vgl. 3.2)
- Rund 15,5 Mio. EUR aufgrund prognostizierter höherer Fürsorgeleistungen und Beihilfen

3.1.2 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit, eingedenk steigender Fallzahlen sowie linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Finanzministeriums berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.026 Mio. EUR um 7,6 Mio. EUR höher als im Vorjahr, auf die Hauptgruppe 4 entfallen hiervon 5,8 Mio. EUR.

3.2 Planstellen und Stellen

3.2.1 Stellenbestand

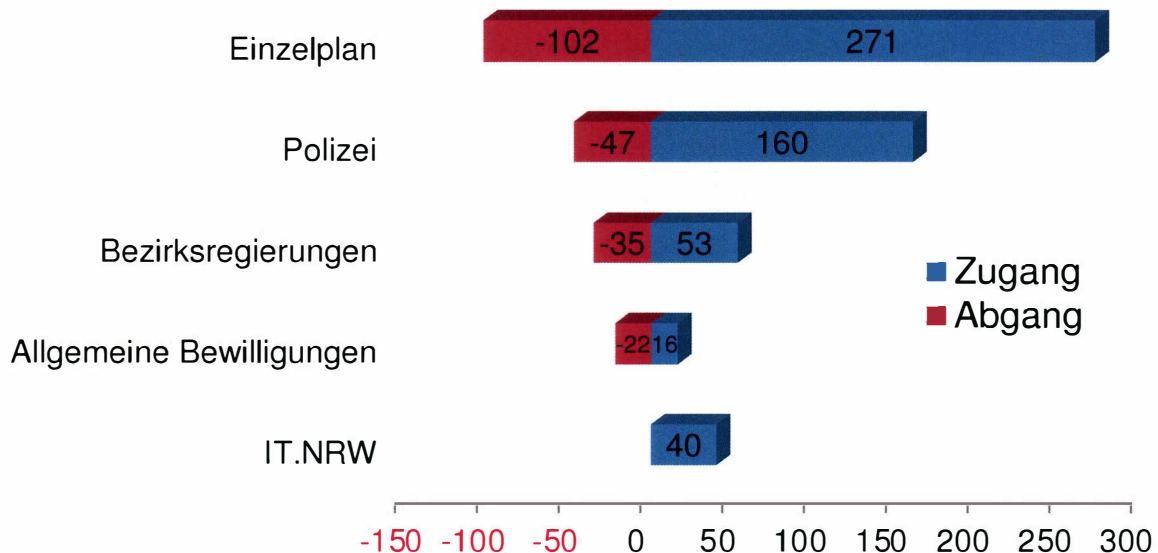
Gegenüber dem vorherigen Haushalt (55.395) stehen mit 55.564 per Saldo 169 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **271** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht (siehe 3.2.2), denen
- **102 entfallende** Planstellen und Stellen gegenüberstehen.

Der Stellenbestand reduziert sich, weil Stellen ab- oder umgesetzt sind - dies in erster Linie, um kw-Vermerke zu realisieren. Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2014	Saldo	Neu	Kw-Realisierung	Sonstiges (Saldo)	2013
Einzelplan , hiervon	55.564	169	271	-95	-7	55.395
• Ministerium	777	2	--	--	2	775
• Allgemeine Bewilligungen	37	-6	16	-22	--	43
• Polizei	45.682	113	160	-45	-2	45.569
• DHPol	105	--	--	--	--	105
• Fünf Bezirksregierungen	6.761	18	53	-28	-7	6.743
• Aus- und Fortbildung	45	--	--	--	--	45
• Fachhochschule	267	--	--	--	--	267
• Information und Technik	1.781	40	40	--	--	1.741
• Institut der Feuerwehr	109	2	2	--	--	107

Die wichtigsten Veränderungen beim Zu- und Abgang zeigt nachstehendes Schaubild:



3.2.2 Neue Planstellen und Stellen

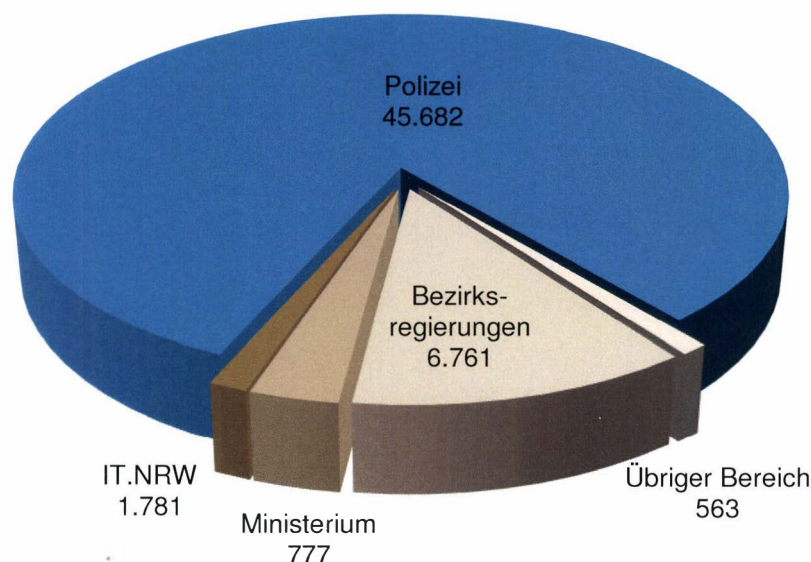
Im Entwurf sind **271 neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt:

- 16 auf drei Jahre befristete Stellen, um **schwerbehinderte Menschen** mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten einzustellen.
- Bei der **Polizei** sind 160 neue Planstellen etatisiert, um Kommissaranwärterinnen und -anwärter übernehmen zu können, wenn diese die Laufbahnprüfung bestanden haben. Die Planstellen sind kw zum Jahresende.

Zugleich sind wegen des Planstellenbedarfs zur Übernahme 395 kw-Vermerke auf 2017 prolongiert.

- Für die **Bezirksregierungen** sind 53 neue Planstellen und Stellen vorgesehen (in Klammern das jeweilige Fachressort):
 - 5 Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten (MBWSV)
 - 10 Bundesauftragsverwaltung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (MAIS)
 - 5 Marktüberwachung von ortsbeweglichen Druckgeräten (MBWSV)
 - 1 Feuerwehrtechnische Aufgaben (MIK)
 - 2 Betreuungsgeld (MFKJKS) mit Sperrvermerk
 - 4 Planfeststellungsverfahren EnLAG (MWEIMH), kw zum 31.12.2018
 - 1 Munitionszerlegebetrieb Hünxe (MIK)
 - 5 Geldwäschegesetz (MWEIMH)
 - 5 Wohn- und Teilhabegesetz (MGEPA)
 - 6 Aus der Prolongation von Vorbehalts-kw-Vermerken zum Medizinproduktegesetz (MGEPA)
 - 9 Aus der Umwandlung von Aushilfsmitteln für den Stärkungspakt Stadtfinanzen (MIK) mit kw-Vermerk, fällig 2021
- Der Landesbetrieb **IT.NRW** hat 2012 und 2013 auf der Basis des § 6 Abs. 3 der jeweiligen Haushaltsgesetze **40** entgeltfinanzierte Stellen eingerichtet, die nunmehr im Entwurf nachgezeichnet werden.
- Für die Verwaltung des **Instituts der Feuerwehr** sind **zwei** Planstellen veranschlagt, die aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert werden.

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:



3.3 Kw-Vermerke

3.3.1 Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr sind die kw-Vermerke von 986 um 84 auf 902 reduziert. Hierbei sind:

- **95** kw-Vermerke **realisiert**.
- **178** für 2014 als fällig terminierte kw-Vermerke aus der 1,5%igen Stellenreduzierung **gestrichen**, die korrespondierende Minderausgabe ist erhalten geblieben. Damit **bleiben** für die Kapitel folgende, nach vorherigen Haushaltsplänen als wegfallend vorgesehene **Stellen erhalten**:
 - Ministerium 12
 - Polizei 43
 - Bezirksregierungen 93
 - Aus- und Fortbildungseinrichtungen 1
 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung 3
 - Landesbetrieb Information und Technik 26
- **189** kw-Vermerke **neu** ausgebracht, hiervon
 - Polizei (siehe oben, Hinweis zu den neuen Planstellen) 160
 - für die Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen 16
 - für die Stellen Stärkungspakt Stadtfinanzen 9
 - bei den Bezirksregierungen (Planfeststellungsverfahren EnLAG) 4

Die Tabelle fasst zusammen, was sich gegenüber dem Vorjahr verändert hat:

Kw-Vermerke	2014	2013	Realisiert	Gestrichen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	902	986	-95	-178	189	-84
● Polizei	616	544	-45	-43	160	72
● Bezirksregierungen	207	315	-28	-93	13	-108
● Übriger Geschäftsbereich	79	127	-22	-42	16	-48

Die kw-Vermerke bei der Polizei zielen überwiegend auf die Planstellen zur Übernahme geprüfter Kommissaranwärterinnen und -anwärter (395). Für diese ist im Entwurf eine Fälligkeit 2017 vorgesehen, da die Planstellen b.a.w. benötigt werden. Für die 160 neuen Planstellen zur Übernahme sind zugleich zum Jahresende fällige kw-Vermerke ausgebracht.

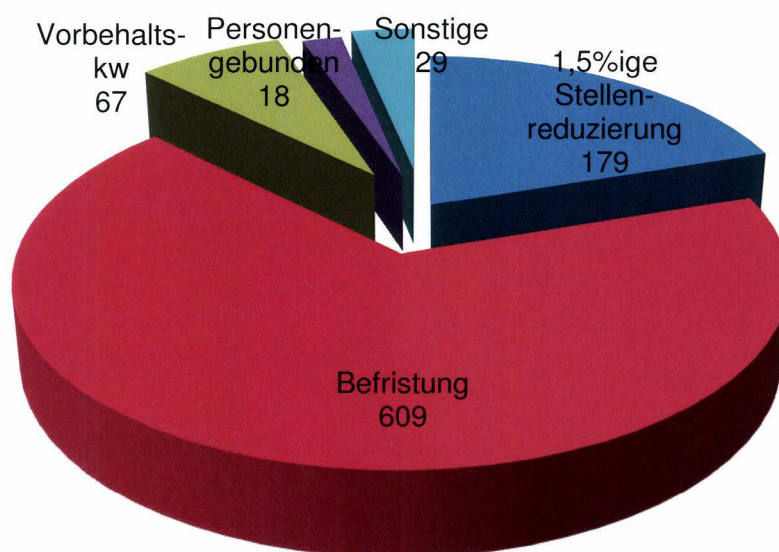
3.3.2 Fälligkeit

Nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die einzelnen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	unter Vorbehalt	Personengebunden	2014	2015	2016	2017	2018	2019 ff.
Einzelplan , hiervon	902	67	18	174	179	29	412	8	15
• Ministerium	16	2	-	-	13	-	-	1	-
• Allgemeine Bewilligungen	32	-	-	9	-	7	16	-	-
• Polizei	616	-	18	160	43	-	395	-	-
• DHPol	0	-	-	-	-	-	-	-	-
• Fünf Bezirksregierungen	207	65	-	5	92	22	1	7	15
• Aus- und Fortbildung	1	-	-	-	1	-	-	-	-
• Fachhochschule	4	-	-	-	4	-	-	-	-
• Information und Technik	26	-	-	-	26	-	-	-	-
• Institut der Feuerwehr	0	-	-	-	-	-	-	-	-

3.3.3 Herleitung

Nachstehende Grafik zeigt, wie die kw-Vermerke im Einzelplan sachlich hergeleitet sind. Die größten Anteile rühren daraus, dass Stellen befristet eingerichtet sind sowie aus der 1,5%igen Stellenreduzierung.



Erläuterungen:

Vorbehalts-kw: Solche, für die bestimmte Bedingungen eintreten müssen, damit sie fällig werden, z.B. Wegfall der Gebührenfinanzierung

Befristete Stellen: 395 plus 160 Planstellen zur Übernahme von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, 3 Projekt Basis-IT, 32 Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen, 2 Anrufungsstelle Bergschäden, 4 Planfeststellungsverfahren EnLAG, 13 Stärkungspakt Stadtfinanzen

3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Allgemeiner Verwaltungsdienst, Referendariate, Vermessungstechnik, Umwelt- und Gewerbeverwaltung, Feuerwehrtechnik) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehend eine Gesamtübersicht über die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2014	2013
03 020	Verwaltungsreferendare und -referendarinnen	16	20
03 020	Regierungsvermessungsreferendare und -referendarinnen	59	59
03 020	Regierungsvermessungsoberinspektoranwälter und -anwältinnen	3	3
03 020	Regierungsinspektoranwälter und -anwältinnen	107	51
03 020	Regierungssekretäranwälter und -anwältinnen	40	40
03 110	Kommissaranwälter und -anwältinnen	1.500	1.477
03 310, TG 70	Vermessungsoberinspektoranwälter und -anwältinnen	5	10
03 310, TG 71	Umweltreferendare und -referendarinnen	30	1
03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwälter und -anwältinnen	27	6
03 310, TG 74	Gewerbereferendare und -referendarinnen	9	2
03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwälter und -anwältinnen	30	42
03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwälter und -anwältinnen	10	0
03 310, TG 75	Bergreferendare und -referendarinnen	5	3
03 750	Brandreferendare und -referendarinnen	8	8
03 750	Brandoberinspektoranwälter und -anwältinnen	8	8
Einzelplan		1.857	1.730

Über den sich rechnerisch ergebenden Bedarf hinaus sind für den mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst 15 bzw. 20 zusätzliche Einstellungsermächtigungen als sog. **Einstellungskorridor** ausgebracht. Dies deswegen, um bei den Bezirksregierungen einem Fehlbestand an Verwaltungsfachkräften entgegenzuwirken. Dieser ergibt sich, weil bei der Berechnung der Einstellungsermächtigungen in der Vergangenheit die zwischenzeitlich gestrichenen kw-Vermerke eingerechnet waren und insbesondere aufgrund von hohen, ungeplanten Personalabgängen.

Die erhöhten Einstellungsermächtigungen bei der Polizei sind wie im Vorjahr mit der Bedingung versehen, dass diese über 1.400 hinaus in dem Maße in Anspruch genommen werden dürfen, wie Anwältinnen und Anwält aus der Einstellung drei Jahre zuvor endgültig ausgeschieden sind. Die Erhöhung auf 1.500 gewährleistet, dass die benötigten 1.400 ausgebildeten Kommissarinnen und Kommissare nach Abschluss der Ausbildung tatsächlich verfügbar sein werden.

Die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist mit 304 unverändert. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 99 im Kapitel der Allgemeinen Bewilligungen, 101 bei der Polizei, 36 im Umweltbereich der Bezirksregierungen, 66 bei IT.NRW sowie 2 beim Institut der Feuerwehr.

II.

Stellenplan, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	543	181	327	35	-	541	+2
Stellen	234	5	50	150	29	234	-
Gesamt	777	186	377	185	29	775	+2
<i>ATZ-Planstellen</i>	3	1	2	-	-	5	-2
<i>ATZ-Stellen</i>	9	-	1	8	-	11	-2

Der Stellenplan verändert sich wie folgt:

Umsetzung von zwei Planstellen aus der Polizei; für die Dienstaufsicht über die Kreispolizeibehörden und die Koordinierung der Einführung von EPOS.NRW bei der Polizei.

Im Übrigen wurden vier ATZ-Plan-/Stellen abgesetzt, da die Beschäftigten die Alterszeit endgültig beendet haben.

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	896.600	796.600	+100.000	+12,6
Ausgaben	68.077.600	59.971.800	+8.105.800	+13,5
• Personalausgaben	45.890.400	44.843.600	+1.046.800	+2,3
• Sachausgaben	22.187.200	15.128.200	+7.059.000	+46,7

Die **Personalausgaben** sind unter Berücksichtigung der o.g. Personalveränderungen berechnet.

Im Übrigen wurde die Besoldungs- und Tariferhöhung für 2013 und 2014 eingerechnet. Die Erhöhung für 2013 war in den Ansätzen für 2013 noch nicht berücksichtigt.

Der **Sachhaushalt** steigt insbesondere aufgrund erhöhter Ansätze für Mieten wegen des beabsichtigten Wechsels des Dienstgebäudes. Des Weiteren wurden kleinere Umschichtungen vorgenommen.

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	-	-	-	-	-	-	-
Stellen	37	-	-	37	-	43	-6
Gesamt	37	-	-	37	-	43	-6
Vorbereitungsdienst	560	197	276	87	-	572	-12
Auszubildende	115	-	-	-	-	115	0

Wie in den Vorjahren sind neue befristete Stellen (16) zur Einstellung von schwerbehinderten Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten ausgebracht. 6 Stellen sind wegen kw-Realisierung weggefallen, 16 Stellen sind umgesetzt.

15 Stellen für Bergreferendarinnen/-referendare, Bergvermessungsreferendarinnen/-referendare sind in das Kapitel 03 310 Titelgruppe 75 (Fünf Bezirksregierungen, Bergverwaltung) umgesetzt worden.

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v. H.
Einnahmen	32.081.700	36.492.700	-4.411.000	-12,1
Ausgaben	233.450.400	225.238.100	+8.212.300	+3,6
• Personalausgaben	153.845.600	139.439.700	+14.405.900	+10,3
• Sachausgaben	79.604.800	85.798.400	-6.193.600	-7,2

Die **Einnahmen** verringern sich im Wesentlichen um Erstattungskosten in Höhe von 15,5 Mio. EUR für die Bundestagswahl 2013 und durch den Wegfall von einmaligen Einnahmen in Höhe von rd. 4,9 Mio. EUR.

Für die Europawahl sind an Einnahmen rd. 15,5 Mio. EUR und in der Titelgruppe 71 Einnahmen in Höhe von 0,5 Mio. EUR veranschlagt.

Die Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets erhöhen sich um 74.000 EUR.

Die **Personalausgaben** erhöhen sich um rd. 14,4 Mio. EUR. Im Wesentlichen liegen folgende Änderungen vor:

- Bei den Personalausgaben wurde die Besoldungs- und Tarifierhöhung für 2013 und 2014 in Höhe von 0,7 Mio. EUR eingerechnet. Die Erhöhung für 2013 war in den Ansätzen für 2013 noch nicht berücksichtigt.

- Der Ansatz für Fürsorgeleistungen, insbesondere für die Freie Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, ist um rd. 3,1 Mio. EUR, die Ansätze für Beihilfen sind insgesamt um rd. 12,3 Mio. EUR gestiegen. Die Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit in Höhe von rd. 1,8 Mio. EUR entfallen aufgrund einer Änderung der Rechtsvorschrift.

Der **Sachhaushalt** verringert sich insgesamt um rd. 6,2 Mio. EUR. Folgende wesentliche Erhöhungen und Reduzierungen liegen dem zugrunde:

- Etatisiert sind Kosten in Höhe von rd. 15,5 Mio. EUR für die Europawahl 2014. Sie sind wegen der Einnahmen in gleicher Höhe haushaltsneutral.
- Für die Kommunalwahl 2014 sind 325.000 EUR veranschlagt.
- Für die in 2013 durchgeführte Bundestagswahl verringern sich die Ausgaben um 15,5 Mio. EUR. Sie sind wegen des Wegfalls der Einnahmen in gleicher Höhe haushaltsneutral.
- Die Ausgaben für den Kauf des Firmentickets steigen um 74.000 EUR. Auch sie sind wegen entsprechender Einnahmen haushaltsneutral.
- Des Weiteren erhöhen sich die Ausgaben für Leistungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW und anderer Dienstleister um 140.000 EUR.
- Auch sind einmalige Ausgaben aus Anlass des Vorsitzes der Innenministerkonferenz durch den Minister für Inneres und Kommunales in Höhe von 300.000 EUR etatisiert.
- Die Ausgaben für Informationstechnik (TG 70) sinken um ca. 3,4 Mio. EUR aufgrund Neustrukturierung des Überleitungsverfahrens für IT-Verfahren.
- Die Globale Minderausgabe erhöht sich um 3,56 Mio. EUR auf 35,05 Mio. EUR.

Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v. H.
Einnahmen	600.000	500.000	+100.000	+20,0
Ausgaben	208.671.300	141.846.300	+66.825.000	+47,1

Die **Einnahmen** sind an die Ist-Ausgaben 2012 angepasst.

Bei den **Ausgaben** ist aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 26,82 Mio. EUR auf 91,13 Mio. EUR angehoben.

Des Weiteren sind für Kostenerstattungsansprüche aus einer letztinstanzlichen Entscheidung des Bundessozialgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz 35 Mio. EUR berücksichtigt.

Das Land beabsichtigt, sich weiterhin an den bei den Kommunen entstehenden Mehrausgaben in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz zu beteiligen. Unter Berücksichtigung erhöhter Bestandszahlen sind dafür 20,4 Mio. EUR veranschlagt, rd. 6 Mio. EUR mehr als in 2013.

Zur Kompensierung der Mehrkosten ist der Ansatz für die Rückführung um 1 Mio. EUR reduziert. Im Übrigen sind die Ansätze im Asylkapitel im Wesentlichen überrollt.

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	40.150	714	39.436	-	-	40.032	+118
Stellen	5.532	58	1.142	4.049	283	5.537	-5
Gesamt	45.682	772	40.578	4.049	283	45.569	+113
<i>ATZ-Planstellen</i>	14	2	8	4		16	-2
<i>ATZ-Stellen</i>	34	-	10	23	1	38	-4
<i>Vorbereitungsdienst</i>	4.400		4.400			4.300	+100
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	0

Bei der Polizei sind zur Übernahme der Kommissaranwärterinnen und -anwärter 160 neue Planstellen etatisiert. Die Planstellen sind kw zum Jahresende 2014. Außerdem sind zwei Planstellen ins Ministerium (Kapitel 03 010) umgesetzt und 45 (40 Planstellen und 5 Stellen) kw-realisiert.

Die Einstellungsermächtigungen sind auf 1.500 erhöht. Die Erhöhung auf 1.500 gewährleistet, dass die benötigten 1.400 ausgebildeten Kommissarinnen und Kommissare nach Abschluss der Ausbildung tatsächlich verfügbar sein werden. Die erhöhten Einstellungsermächtigungen bei der Polizei sind wie im Vorjahr mit der Bedingung versehen, dass diese über 1.400 hinaus in dem Maße in Anspruch genommen werden dürfen, wie Anwärterinnen und Anwärter aus der Einstellung drei Jahre zuvor endgültig ausgeschieden sind.

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	58.540.000	57.040.000	+1.500.000	+2,6
Ausgaben	2.766.119.600	2.674.901.800	+91.217.800	+3,4
• Personalausgaben	2.186.414.900	2.092.975.600	+93.439.300	+4,5
• Sachausgaben	579.704.700	581.926.200	-2.221.500	-0,4

Die Ansätze für **Einnahmen** aus Verwarngeldern sind in Anlehnung an die tatsächlichen Einnahmen der letzten Jahre um 1,5 Mio. EUR auf 47,5 Mio. EUR angepasst. Die Einnahmen können nicht zur Deckung von sächlichen Verwaltungsausgaben verwendet werden.

Die **Personalausgaben** sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die Stellenveränderungen sowie die Tarif- und Besoldungsanpassungen.

Sachhaushalt

Die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) sind um 5,1 Mio. EUR höher als im Jahr 2013. Grund hierfür ist insbesondere die Anpassung der Mietansätze aufgrund der Mietlisten und der Indexierung sowie der Anpassung der Ansätze für die polizeiliche Einsatzfähigkeit.

Das Investitionsvolumen (ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk) verringert sich um 9,0 Mio. EUR. Die Erneuerung der kolorierten Funkstreifenwagen der Polizei wird im Jahr 2013 abgeschlossen. Daher sind erst ab 2015 Reinvestitionen einzuplanen, der entsprechende Ansatz verringert sich im Vergleich zum Vorjahr. Der Ersatz von zwei Hubschraubern im Jahr 2014 ist in den Investitionsausgaben in Ansatz gebracht. In den zwei Folgejahren wird die übrige Hubschrauberflotte ersetzt.

Für den Aufbau des Digitalfunks sind der aktuellen Haushaltsunterlage folgend 70,7 Mio. EUR etatisiert (1,7 Mio. EUR mehr als 2013).

Der Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei ist nachstehend dargestellt.

Kapitel 03 110 Produkthaushalt Budgeteinheit Polizei

Der Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei umfasst die Polizeibehörden des Landes NRW. Die Deutsche Hochschule der Polizei zählt nicht hierzu, weil sie durch den Bund und die Länder gemeinschaftlich finanziert ist. Kosten für das Fachhochschulstudium, die bei der *Fachhochschule für öffentliche Verwaltung* (FHöV - heute: Kapitel 03 350) anfallen, bleiben unberücksichtigt. Anwärterbezüge sind in den Kosten der Budgeteinheit enthalten. Berücksichtigt sind ebenfalls die Mittel der Kapitel 03 020 und 20 020, die einen unmittelbaren Bezug zur Polizei haben (z. B. Freie Heilfürsorge und Beihilfe).

Der Produkthaushalt gliedert sich in vier Abschnitte:

- Abschnitt I hat in Anlehnung an die kamerale Aufstellung dispositiven Charakter.
- Abschnitt II enthält die dazugehörigen Erläuterungen. Hier wird auf Kosten und Erlöse abgestellt, nicht auf Ausgaben und Einnahmen. Ferner finden sich hier Informationen zu Aktivitäten, zum Output (Mengen) und zum Outcome (Wirkungsinformationen unterlegt mit Kennzahlen).
- Im Abschnitt III, dem Finanzbereich, finden sich kamerale Informationen.
- Abschnitt IV "Identitätsrechnung" stellt die Verbindung der kameralen mit den produktbezogenen Zahlen her.

In der folgenden Tabelle werden die Kennzahlen der Tabelle "II.2 Ressourceneinsatz" im Produkthaushalt erläutert.

Produktbereich	Kennzahl	Beschreibung
Einsatzbewältigung Gefahrenabwehr	<i>Anzahl der bewältigten Einsätze im täglichen Dienst</i>	Einsätze im täglichen Dienst (z. B. Wachdienst)
	<i>Einsatzreaktionszeit</i>	Durchschnittliche Zeit zwischen der Eröffnung eines Einsatzes in E-CEBIUS und dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte (ohne Einsatzreaktionszeiten von weniger als 30 Sekunden und mehr als 90 Minuten) bei allen außenveranlassten Einsätzen.
	<i>Anzahl Präsenzstunden</i>	Anzahl der geleisteten Personalstunden für sichtbare polizeiliche Präsenz.
Kriminalitätsbekämpfung	<i>Von der Polizei NRW bearbeitete Straftaten</i>	Jede im Straftatenkatalog aufgeführte Straftat (einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche), die von der Polizei NRW bearbeitet wird.
	<i>Aufklärungsquote der von der Polizei NRW bearbeiteten Straftaten</i>	Anzahl der Straftaten, denen ein Täter zugeordnet werden kann, im Verhältnis zur Anzahl der Straftaten, die von der Polizei NRW bearbeitet werden.

Entwurf des Haushaltsplans 2014

Erläuterungen zum Einzelplan 03

Verkehrsunfall- bekämpfung	<i>Verunglückten- häufigkeitszahl</i>	Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen multipliziert mit 100.000 geteilt durch die Einwohnerzahl NRW (Einwohnerzahl des Vorjahres).
	<i>Zahl der Maßnahmen</i>	Anzahl (gesamt) der getroffenen repressiven Maßnahmen zur Verkehrsunfallbekämpfung, ohne dass ein Verkehrsunfall eingetreten ist (sog. „folgenloser Verstoß“). Maßnahmen in diesem Sinne sind Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen und Verkehrsvergehens- / Strafanzeigen.

Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	32	17	12	3	-	32	0
Stellen	73	7	10	40	16	73	0
Gesamt	105	24	22	43	16	105	0

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	9.797.000	10.867.400	-1.070.400	-9,8
Ausgaben	11.647.700	12.885.600	-1.210.900	-9,4
• Personalausgaben	7.685.300	7.582.400	102.900	1,4
• Sachausgaben	3.989.400	5.303.200	-1.313.800	-24,8

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	3.576	1.062	1.823	684	7	3.573	3
Stellen	3.185	54	1.252	1.778	101	3.170	15
Gesamt	6.761	1.116	3.075	2.462	108	6.743	18
Davon							
Stammkapitel	4.580	832	1.934	1.806	108	4.526	54
Titelgruppen gesamt	2.181	284	1.241	656	-	2.217	-36
TG 60	85	7	36	42	-	84	1
TG 70	360	32	173	155	-	367	-7
TG 71	573	116	380	77	-	586	-13
TG 74	534	55	271	208	-	540	-6
TG 75	80	26	47	7	-	80	-
TG 76	5	-	-	5	-	5	-
TG 77	1	-	-	1	-	1	-
TG 80	350	37	219	94	-	361	-11
TG 81	54	3	16	35	-	54	-
TG 83	5	-	2	3	-	5	-
TG 84	134	8	97	29	-	134	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	<i>44</i>	<i>12</i>	<i>24</i>	<i>8</i>	<i>-</i>	<i>46</i>	<i>-2</i>
<i>ATZ-Stellen</i>	<i>43</i>	<i>-</i>	<i>23</i>	<i>20</i>	<i>-</i>	<i>48</i>	<i>-5</i>
<i>Vorbereitungsdienst</i>	<i>223</i>	<i>54</i>	<i>109</i>	<i>60</i>	<i>-</i>	<i>147</i>	<i>+76</i>
<i>Auszubildende</i>	<i>42</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>42</i>	<i>-</i>

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	158.154.600	155.037.800	+3.116.800	+2,0
Ausgaben	488.063.100	467.826.200	+20.236.900	+4,3
• Personalausgaben	354.453.100	339.569.600	+14.883.500	+4,4
• Sachausgaben	133.610.000	128.256.600	+5.353.400	+4,2

Einnahmen

Die Einnahmen sind aufgrund der Ist-Einnahmen der vergangenen Jahre um 3,1 Mio. EUR erhöht worden.

Personalausgaben

Für die **Bezirksregierungen** sind 53 neue Planstellen und Stellen vorgesehen (in Klammern das jeweilige Fachressort):

- 5 Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten (MBWSV)
- 10 Bundesauftragsverwaltung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII (MAIS)
- 5 Marktüberwachung von ortsbeweglichen Druckgeräten (MBWSV)
- 1 Feuerwehrtechnische Aufgaben (MIK)
- 2 Betreuungsgeld (MFKJKS) mit Sperrvermerk
- 4 Planfeststellungsverfahren EnLAG (MWEIMH), kw zum 31.12.2018
- 1 Munitionszerlegebetrieb Hünxe (MIK)
- 5 Geldwäschegesetz (MWEIMH)
- 5 Wohn- und Teilhabegesetz (MGEPA)
- 6 aus der Prolongation von Vorbehalts-kw-Vermerken zum Medizinproduktegesetz (MGEPA)
- 9 aus der Umwandlung von Aushilfsmitteln für den Stärkungspakt Stadtfinanzen (MIK) mit kw-Vermerk, fällig 2021

Die Anzahl der Stellen für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst hat sich insgesamt um 76 erhöht. Davon wurden 15 Stellen für Bergreferendarinnen/-referendare, Bergvermessungsreferendarinnen/-referendare aus dem Kapitel 03 020 nach 03 310 TG 75 umgesetzt.

Die **Personalausgaben** sind unter Berücksichtigung der o.g. Personalveränderungen berechnet.

Im Übrigen wurde die Besoldungs- und Tarifierhöhung für 2013 und 2014 eingerechnet. Die Erhöhung für 2013 war in den Ansätzen für 2013 noch nicht berücksichtigt.

Aussagen zur kw-Problematik bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes.

Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind aufgrund folgender Sachverhalte gestiegen:

- Indexierung der Mieten des Bau- und Liegenschaftsbetriebes und Neuanmietung der Asylunterkunft in Wickede-Wimbern
- Fortführung des dritten Bauabschnitts für die Modernisierung des Munitionszerlegebetriebes Hünxe
- Umstellung von Kauf auf Leasing bei den Dienstfahrzeugen.

Des Weiteren wurden kleinere Umschichtungen vorgenommen.

Kapitel 03 320 **Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW**

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	14	7	6	1	-	14	-
Stellen	31	-	9	18	4	31	-
Gesamt	45	7	15	19	4	45	-

Hebung einer Stelle aus dem vgl. einfachen Dienst in eine Stelle vgl. dem mittleren Dienst.

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	224.400	224.400	-	-
Ausgaben	9.904.600	9.708.600	+28.300	+2,0
• Personalausgaben	2.407.900	2.310.900	+97.000	+4,2
• Sachausgaben	7.496.700	7.397.700	+99.000	+1,3

Bei den **Personalausgaben** wurde die Besoldungs- und Tariferhöhung für 2013 und 2014 eingerechnet. Die Erhöhung für 2013 war in den Ansätzen für 2013 noch nicht berücksichtigt.

Der **Sachhaushalt** steigt aufgrund erhöhter Ansätze für Mieten und Nebenkosten.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHöV)

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	217	177	31	9	-	217	-
Stellen	50	1	8	41	-	50	-
Gesamt	267	178	39	50	-	267	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	1	-	1	-	-	1	-

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	46.000	46.000	-	-
Ausgaben	33.315.900	31.990.500	+1.325.400	+4,1
• Personalausgaben	20.436.500	19.273.700	+1.162.800	+6,0
• Sachausgaben	12.879.400	12.716.800	+162.600	+1,3

Bei den **Personalausgaben** wurde die Besoldungs- und Tarifierhöhung für 2013 und 2014 eingerechnet. Die Erhöhung für 2013 war in den Ansätzen für 2013 noch nicht berücksichtigt. Im Übrigen steigen die Ausgaben für nebenamtliche Lehrkräfte.

Die Ansätze für den **Sachhaushalt** erhöhen sich u.a. aufgrund steigender Mietausgaben.

**Kapitel 03 610 Information und Technik Nordrhein-Westfalen
(IT.NRW) - Landesbetrieb**

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	367	130	153	84	-	367	-
Stellen	1.414	29	916	464	5	1.374	+40
Gesamt	1.781	159	1.069	548	5	1.741	+40
<i>ATZ-Planstellen</i>	7	7	-	-	-	9	-
<i>ATZ-Stellen</i>	3	-	2	-	1	3	-
<i>Auszubildende</i>	126	-	-	-	-	126	-

Das Stellensoll 2013 berücksichtigt die Umsetzung im Vollzug in 2013 von zwei Planstellen, 32 Stellen und einer Stelle für Auszubildende im Zuge der Integration des Rechenzentrums des BLB (aus Kapitel 12 700).

Des Weiteren wurden 40 neue, entgeltfinanzierte Stellen für die Erledigung der stetig wachsenden IT-Aufgaben eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	11.00.0000	0	+11.000.000	+100,0
Ausgaben	65.231.800	61.393.100	+3.838.700	+6,3
• Personalausgaben	-	-	-	-
• Sachausgaben	65.231.800	61.393.100	+3.838.700	+6,3

Bei den **Einnahmen** ist die Erstattung der Mehrkosten für die von IT.NRW zentral für alle Bundesländer bereitgestellte IT im Rahmen des Zensus veranschlagt.

Die **Personalausgaben** werden nur im Wirtschaftsplan ausgewiesen (s. Beilage 2 zum Haushaltsplan). Sie finanzieren sich aus Teilen des Betriebskostenzuschusses und aus Teilen der Umsatzerlöse mit den Dienststellen der Landesverwaltung u.a. Die Steigerung aufgrund der Besoldungs- und Tarifierhöhung für 2013 und 2014 beträgt ca. 4,9 Mio. Euro. Die Erhöhung für 2013 war in den Ansätzen für 2013 noch nicht berücksichtigt.

Bei den **Sachausgaben** sind die Aufwendungen von IT.NRW für den Zensus aufgrund noch zu erfolgender Abwicklung des 2011 durchgeführten Zensus gesunken (2,8 Mio. EUR in 2014; - 1,4 Mio. EUR). Der **Betriebskostenzuschuss** für die sonstigen zuführungsbedingten Aufgaben, wie z.B. die amtliche Statistik, steigt um ca. 0,3 Mio. EUR u.a. aufgrund erhöhter Mietausgaben.

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v. H.
Einnahmen	290.000	240.000	+50.000	+20,8
Ausgaben	59.866.000	58.877.300	+988.700	+1,7
• Personalausgaben	117.800	117.800	-	-
• Sachausgaben	59.748.200	58.759.500	+988.700	+1,7

Die **Einnahmen** sind an die Ist-Einnahmen 2012 angepasst.

Bei den **Sachausgaben** sind 10 Mio. EUR für den Ausbau der kommunalen Warnsysteme und 1 Mio. EUR für das landeseinheitliche Warnsystem MoWas etatisiert.

Für die mehrjährige Beschaffungsmaßnahme von sieben Feuerlöschbooten sind 2 Mio. EUR mehr veranschlagt.

Die Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk konnte in 2013 (Ansatz 13,5 Mio. EUR) nicht abschließend erfolgen. Es ist jedoch hierfür kein Ansatz ausgebracht, da die benötigten Haushaltsmittel aus dem entstandenen Ausgaberesultat aus dem Haushaltsjahr 2013 gedeckt werden.

Die neu eingerichtete Titelgruppe 60 ist für die Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren mit 1 Mio. EUR dotiert.

Kompensiert werden die Mehrkosten durch den Wegfall einer in 2013 einmaligen Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 1 Mio. EUR sowie die Reduzierung verschiedener Ausgaben in Höhe von rd. 1,3 Mio. EUR sowie eines geringeren Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr in Höhe von rd. 0,9 Mio. Euro.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 75 Mio. EUR (s. Einzelplan 20, Kapitel 20 010), abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt rd. 18,82 Mio. EUR, rd. 2,9 Mio. EUR mehr als in 2013. Ausgezahlt werden jedoch unter Inanspruchnahme des Ausgaberesultates aus dem Haushaltsjahr 2013 Zuschüsse in bisheriger Höhe von rd. 35 Mio. EUR.

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW, Münster

Stellenplan

	2014	hD	gD	mD	eD	2013	+/-
Planstellen	74	24	45	5	-	72	+2
Stellen	35	-	9	20	6	35	-
Gesamt	109	24	54	25	6	107	+2
<i>ATZ-Planstellen</i>	1	-	1	-	-	2	-1
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	1	-	-	1	-1
<i>Vorbereitungsdienst</i>	16	8	8	-	-	14	-
<i>Auszubildende</i>	5	-	-	-	-	5	-

Zwei neue Planstellen sind für die Verwaltung des Instituts der Feuerwehr eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	1.111.000	1.111.000	-	-
Ausgaben	16.535.000	17.473.700	-938.700	-5,4
• Personalausgaben	6.405.100	6.683.700	-278.600	-4,2
• Sachausgaben	10.129.900	10.790.000	-660.100	-6,1

Die **Einnahmen** sind unverändert.

Die **Personalausgaben** sind trotz der Kosten für die neuen Planstellen reduziert, da die Kosten für externe Lehrgänge nicht mehr bei den Personalausgaben, sondern bei den Sachausgaben etatisiert sind.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die o. a. Änderungen im Stellenplan.

Der **Sachhaushalt** erhöht sich im Wesentlichen um die Kosten für externe Lehrgänge in Höhe von 763.600 EUR und um 127.300 EUR für die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude. Er reduziert sich bei den Ausgaben für IT-Leistungen um 118.000 EUR.

Die Ansätze für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen und Geräten sind insgesamt um rd. 1,56 Mio. EUR reduziert.

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	23.199.200	24.859.200	-1.660.000	-6,7
Ausgaben	58.700.000	62.950.000	-4.250.000	-6,8

Die **Erstattungen von Entschädigungslasten** durch den Bund sind der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im **Sachhaushalt** sind die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und Landesrecht der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	6.024.300	6.024.300	-	-
Ausgaben	170.331.100	157.540.900	12.790.200	+8,1
• Personalausgaben	168.816.900	155.915.900	12.901.000	+8,3
• Sachausgaben	1.514.200	1.625.000	-110.800	-6,8

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund einer Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Im **Sachhaushalt** wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an die Länder und Gemeinden der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2014	2013	+/-	in v.H.
Einnahmen	6.589.000	6.358.100	+230.900	+3,6
Ausgaben	856.247.600	861.386.300	-5.138.700	-0,6
• Personalausgaben	851.577.900	858.648.300	-7.070.400	-0,8
• Sachausgaben	4.699.700	2.738.000	+1.931.700	+70,6

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ermittelt.

Bei den **Sachausgaben** sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die tatsächliche Entwicklung auf Basis der Ist-Beträge 2012 angepasst.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

